

An das
Landesamt für Finanzen
Amt für Wiedergutmachung
Heckingstraße 31
54439 Saarburg



Rheinland-Pfalz
LANDESAMT FÜR FINANZEN

Antrag

auf Gewährung von Leistungen nach den Richtlinien der Landesregierung für den Härtefond des Landes Rheinland-Pfalz zur Unterstützung von Opfern des Nationalsozialismus vom 30.09.1996 in der Fassung v. 02.12.2019.

Bitte **deutlich** in **Druckbuchstaben** oder **maschinenschriftlich** ausfüllen.
Zutreffendes bitte ankreuzen. Ergänzungen ggf. auf gesondertem Blatt.

1. Zur Person des Antragstellers:

Name (frühere/r Name/n):	
Vorname/n:	
Geburtsdatum:	
Geburtsort/-land:	
Anschrift:	
Hauptwohnsitz in Rheinland-Pfalz seit:	
Familienstand:	
Hausstand:	<input type="checkbox"/> alleinlebend <input type="checkbox"/> gemeinsam mit _____ Personen

Haushaltsangehörige:

Name	Vorname	Geburtsdatum	Beziehung zum Antragsteller

2. Minderjährige oder in Ausbildung befindliche Kinder:

Name	Vorname	Geburtsdatum	Ausbildungs- stand	Anschrift

Ggfs. Geburtsurkunde und Ausbildungsnachweis beifügen

3. Angaben zu Familienangehörigen: (bitte unbedingt vollständig ausfüllen!)

	Name	Vorname	Geburtsname	Geburtsdatum	Geburtsort
Vater					
Mutter					
Geschwister					

Antrag:

Ich beantrage:

- eine **einmalige Unterstützungsleistung**

eine **laufende Beihilfe**, denn ich leide an einer durch NS-Unrecht verursachten nachhaltigen, nicht unerheblichen gesundheitlichen oder körperlichen Schädigung

4. Verfolgungstatbestand:

Meinen Antrag stütze ich auf in der Zeit **vom 30.01.1933 bis 08.05.1945:**

- selbst erlittene NS-Unrechtsmaßnahmen
- als überlebender Ehegatte Kind Elternteil
 auf gegen meinen Ehegatten meine Eltern mein/e Kind/er
 gerichtete NS-Unrechtsmaßnahmen, da ich von diesen Maßnahmen bzw. ihren Auswirkungen selbst erheblich mitbetroffen war.

Bitte Heiratsurkunde, bei Kindern Geburtsurkunde, bei Verstorbenen Sterbeurkunde beifügen.

Ich bzw. der verfolgte Ehegatte, Elternteil, Kind, auf den ich meinen Antrag stütze, wurde:

- aus rassischen Gründen
 aus religiösen Gründen
 wegen meines/ihrer politischen oder ethischen Verhaltens
 aus anderen Gründen der nationalsozialistischen Ideologie

durch staatliche Willkürmaßnahmen nachhaltig betroffen.

Wichtig !

Bitte auf einem **gesonderten Blatt** die NS-Willkürmaßnahme/n, auf die der Antrag gestützt wird, möglichst genau schildern (mit genauen Daten, Ortsangaben, ggfs. Haftzeiten und-orte etc.). Bitte fügen Sie geeignete **Beweismittel** (Dokumente wie Haftbescheinigungen etc., eidesstattliche Zeugenerklärungen o.a.) zum Nachweis des Verfolgungsschicksals bei.

Bitte geben Sie weitere Beweismittel für ergänzende Ermittlungen der Entschädigungsbehörde an (z.B.: Arbeitgeber bei Zwangsarbeitern, sonstige geeignete (**Zeugen**) und geben Sie konkret an, was genau diese Zeugen bestätigen können. Bitte beachten Sie, dass die Ermittlungen der Entschädigungsbehörde entscheidend davon abhängen, dass Sie uns möglichst genaue Angaben zu den Beweismitteln (Zeugen, Behörden etc.) machen (insbesondere möglichst genaue Namen und Anschriften angeben).

5. Waren Sie Mitglied der NSDAP oder einer ihrer Gliederungen oder anderen nationalsozialistischen Organisation?

- nein ja

Falls ja, haben Sie unter Einsatz von Freiheit, Leib oder Leben den Nationalsozialismus bekämpft und sind deswegen verfolgt worden?

- nein ja (bitte ausführliche Schilderung auf gesondertem Blatt
 nebst geeigneten Beweismitteln beifügen)

6. Haben Sie wegen der Schädigung durch die NS-Gewaltherrschaft bereits anderweitig Entschädigungsleistungen beantragt oder erhalten? (Bitte ggfs. Bescheide beifügen)

Rechtsgrundlage	JA	NEIN	Aktenzeichen, bearbeitende Behörde	Erhaltene Leistungen
Nach dem Bundesentschädigungsgesetz (BEG)				
dem allgemeinen Kriegsfolgegengesetz (AKG)				
nach dem Gesetz über Entschädigungen für Opfer im Beitrittsgebiet oder nach den hierzu ergangenen Härterichtlinien der Bundesregierung				
Härteregelungen der Bundesregierung oder eines anderen Bundeslandes				
nach dem Stiftungsgesetz der Bundesregierung zur Bundesstiftung „Erinnerung, Verantwortung und Zukunft“				
nach dem Stiftungsfonds der Schweizer Banken „Holocaust Victim Assets Programm“ (Swiss Banks)				
nach sonstigen gesetzlichen oder außergesetzlichen Regelungen, Entschädigungsfonds oder Stiftungen				
Sonstige				

7. Bitte geben Sie nachfolgend Ihr Konto an, auf das ggfs. eine Zahlung erfolgen soll:

Bankinstitut	
BIC	
IBAN	

8. Einkünfte im Kalenderjahr vor der Antragstellung Jahr 2022

Art der Einkünfte	Antragsteller/in		Ehegatte/in		Weiteres Haushaltsmitglied Name:	
	Ja, monatlich €	Nein	Ja, monatlich €	Nein	Ja, monatlich €	Nein
Arbeitseinkommen						
Einkünfte aus selbständiger Tätigkeit						
Einkünfte aus Vermietung oder Verpachtung						
Einkünfte aus Kapital-vermögen (Zinsen etc.)						
Sozialversicherungsrente						
Sonstige Renten						
Sozialhilfe						
Grundsicherung						
Wohngeld						
Kindergeld						
Sonstiges Einkommen						

- Bitte beifügen:**
- Steuerbescheid bzw. eine Bescheinigung über die Nichtveranlagung des Finanzamtes
 - Amtliche Bescheide und Bescheinigungen über sämtliche Einkunftsarten (z.B. Bescheid der Renten- oder Sozialbehörde, der Wohngeld- oder Kindergeldstelle)

Hinweis: Einkommenserklärungen nach obigem Muster sind **für alle Haushaltsangehörigen** vorzulegen.

Datum: _____

Unterschrift: _____

9. Ergänzende Angaben bei Beantragung einer laufenden Beihilfe:

a) Welche Gesundheitsschäden führen Sie auf welche konkreten nationalsozialistischen Verfolgungs- oder Willkürmaßnahmen zurück:

Bezeichnung der Gesundheitsschäden:	
verursacht durch:	
erstmalig aufgetreten am :	
Behandlungsverlauf:	
behandelnde Ärzte: (Namen, Anschriften)	

Bitte Atteste der behandelnden Ärzte beifügen.

b) Sind Sie als Schwerbehinderter im Sinne des Schwerbehindertengesetzes durch das zuständige Amt für Soziale Angelegenheiten anerkannt?

ja nein

Falls ja, bitte den letzten Bescheid des Amtes für Soziale Angelegenheiten oder Ablichtung des Schwerbehindertenausweises beifügen.

10. Bei der Abfassung dieses Antrages hat mitgewirkt: (Name bzw. Organisation, Anschrift):

Name / Organisation	
Ansprechpartner	
Anschrift	
Telefon:	

11. Abschließende Erklärungen

a) **Einverständnis mit der Einholung von Auskünften und Einsichtnahme in Akten**

Ich erkläre mein Einverständnis, dass das Landesamt für Finanzen des Landes Rheinland-Pfalz Auskünfte bei in- und ausländischen Behörden, Gerichten und anderen zuständigen Stellen einholen und gerichtliche und behördliche Akten einsehen und ablichten darf.

ja nein

b) **Entbindung von der ärztlichen Schweigepflicht**

Sofern ich eine laufende Beihilfe beantrage, ermächtige das Landesamt für Finanzen hiermit zur Beiziehung von Krankenunterlagen bei den vorbezeichneten und sonstigen Ärzten, in deren Behandlung ich zur Zeit bin oder früher einmal war und entbinde diese Ärzte, ferner meine Kranken- und Pflegeversicherung, hiermit von ihrer Schweigepflicht.

ja nein

c) **Einverständnis mit der Weiterleitung der Antragsunterlagen an andere Behörden**

Sofern sich nach Prüfung des Antrages durch das Landesamt für Finanzen ergibt, dass möglicherweise ein Anspruch auf andere, vorrangig geltend zu machende Leistungen besteht, muss zunächst ein entsprechender Antrag bei dieser Behörde / Organisation gestellt werden.

Für diesen Fall bin ich damit einverstanden, dass meine gesamten Antragsunterlagen an die jeweils für einen solchen Antrag zuständige Behörde / Organisation weitergeleitet werden.

ja nein

Mir ist bekannt, dass eine Beihilfe aus dem Härtefonds ganz oder teilweise versagt werden kann, wenn der Berechtigte, um eine Beihilfe zu erlangen, sich unlauterer Mittel bedient oder vorsätzlich oder grobfahrlässig unrichtige oder irreführende Angaben über Grund oder Höhe des Schadens oder des Verfolgungsschicksals gemacht, veranlasst oder zugelassen hat.

In Kenntnis dessen versichere ich hiermit, dass meine Angaben der Wahrheit entsprechen

Ort, Datum

Unterschrift des Antragstellers

Verzeichnis der Anlagen:

Markieren Sie hier bitte die beigefügten Anlagen.

Bitte beachten Sie:

Die fett gedruckten Anlagen müssen Ihrem Antrag **unbedingt beigefügt** werden, damit dieser bearbeitet werden kann.

Im Übrigen können Sie durch die Beifügung der weiter genannten Unterlagen zu einer beschleunigten Bearbeitung beitragen.

- Kopie Ihres gültigen Personalausweises** (Vorder- und Rückseite)
- Meldebescheinigung**, aus der sich ergibt, seit wann Sie Ihren Hauptwohnsitz in Rheinland-Pfalz haben
- Nachweis des Familienstandes** (Heiratsurkunde o.Ä.)
- Nachweise über minderjährige bzw. in Ausbildung befindliche Kinder (sofern dies zutrifft)**
 - Geburtsurkunde
 - Ausbildungsnachweis
- Detaillierte Schilderung des Verfolgungsschicksals**
- Nachweise zum Verfolgungsschicksal
 - Haftbescheinigung
 - Zeugenerklärung
 - Sonstige:
- ggf. detaillierte Schilderung der Bekämpfung des Nationalsozialismus (Anlage zu Frage 5)
- Bescheide über früher beantragte Entschädigungsleistungen
 - BEG
 - AKG
 - Härteregelnungen des Bundes
 - Leistungen der Stiftung „Erinnerung, Verantwortung, Zukunft“
 - Sonstige
- Ärztliche Atteste zum Nachweis verfolgungsbedingter Gesundheitsschäden (sofern eine laufende Beihilfe beantragt wird)**
- Nachweise zur Schwerbehinderung (sofern dies zutrifft)**